

löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig _Heft 03 | 2015

**Medizinische Versorgung
ist ein Menschenrecht** ➤ Seite 3

**Wohnen ist ein Grundbedürfnis –
auch im Alter** ➤ Seiten 4

**100 Mio. Euro mehr für Investi-
tionen in die Infrastruktur** ➤ Seite 7



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Arbeit mit Kindern ist mehr wert!

Das hat die Vereinte Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt. Die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst sind in einen unbefristeten Streik getreten. Das Scheitern der Tarifverhandlungen um Einkommenserhöhungen hatte sie dazu veranlasst.

Erzieherinnen in Vollzeit erhalten ein Einstiegsgehalt von 2.366 Euro und können bis zu einem Endgehalt von 3.289 Euro aufsteigen. Das sind 600 Euro unter dem durchschnittlichen Bruttolohn aller Beschäftigten. Da 90 % der Erzieherinnen in Leipzig aber lediglich über 30 Stunden Verträge verfügen, beträgt das Einstiegsgehalt 1.775 Euro, das Endgehalt 2.466 Euro. Das sind prekäre finanzielle Rahmenbedingungen, welche der verantwortungsvollen hochwertigen Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht gerecht werden.

Die Arbeit mit den Kindern ist mehr wert. Das wissen auch die Eltern, die mehrheitlich hinter den Forderungen der Streikenden stehen, obwohl dieser Streik ihnen viele Unannehmlichkeiten beschert.

Aber es ist nicht nur die schlechte Bezahlung, auch die Rahmenbedingungen der Arbeit müssen dringend verbessert werden. Es fehlt an Zeit und Personal, um die anspruchsvollen Bildungspläne umsetzen zu können. Speziell in Sachsen geht es um einen wesentlich besseren Betreuungsschlüssel sowie um Freistellung für Leitungstätigkeit und für Vor- und Nachbereitungszeit der Bildungsarbeit.

➤ Rüdiger Ulrich

Für einen Wilhelm-Leuschner-Platz mit Grün und Kleinteiligkeit innerhalb der Bauquartiere



Im Ergebnis mehrerer Diskussionsrunden mit der Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau und dem Stadtplanungsamtsleiter sowie einer Leipziger Architektengruppe hat sich die Fraktion zu einem mehrheitlichen Standpunkt zur Erneuerung des Areals Wilhelm-Leuschner-Platz positioniert. Die Fraktion steht für eine großzügige Platzlösung gemäß des beschlossenen Aufstellungsbeschlusses südlich des Martin-Luther-Rings sowie für eine kraftvolle Bebauung in Anlehnung an die Umgebung des Rings östlichen Teil des Areals, wie es von Stadtbaurat Hubert Ritter in den 1920-er Jahren konzipiert wurde. Sie folgt damit auch dem Spruch des einst in Leipzig lebenden Komponisten Gustav Mahler: „Tradition ist Bewahren des Feuers, nicht Anbeten der Asche.“ Ausnahmslos großmaßstäblich in der Gebäudehöhe sowie den Freiräumen ist innerhalb der drei vorgesehenen Bauquartiere auch Kleinteiligkeit vorstellbar. Diese muss aber mit der Gebäude- und Nutzungsstruktur im Inneren übereinstimmen. Das schließt wiederum eine vertikale Nutzungsmischung mit Wohnungen in den oberen Geschossen, außer bei Wissenschaftsbauten, sowie eine Erdgeschossnutzung mit Läden und Gastronomie ein. Eine große Platzlösung ist nötig, um einen multifunktional nutzbaren und ausreichend dimensionierten Platz, z. B. für das Stadtfest

oder eine Weihnachtsmarkterweiterung, und andererseits Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität und Spielmöglichkeiten zu schaffen.

Eine wachsende kompakte Stadt braucht mehr denn je ausreichend große Plätze und Freiräume, wie dies das Stadtzentrum zeigt. Nötig sind hohe Aufenthaltsqualität mit Bäumen, vielen Sitz-, aber auch Spielmöglichkeiten für Kinder und Ältere. Dies wurde in den zurückliegenden Jahren oft von den Leipzigern und ihren Gästen gefordert und durch den Stadtrat erstritten. Im Ergebnis von Bürgerbeteiligung unter Mitwirkung von Stadträten wurden Konzepte und Planungen erstellt, die in den Freianlagen am Thomaskirchhof, Reichsstraße oder Richard-Wagner-Platz umgesetzt wurden. Letzterer wird multifunktional auch für Märkte und durch eine Skateranlage genutzt. Er erhielt sogar nationale und internationale Preise für die Platzgestaltung und den Hauptpreis der Internationalen Vereinigung LUCI für Stadtbeleuchtung. Markt und Augustusplatz sind wegen ihrer Größe und überlagerten Nutzungen für einige Veranstaltungen wie das Licht- oder Stadtfest zu klein. DIE LINKE sieht somit die Chance, aufbauend auf dem im Ergebnis der seit 2010 durchgeführten Workshops und Foren sowie der Bürgerbeteiligung, auf einen neuen städtebaulichen Wettbewerb zu verzichten. Er müsste international ausgerichtet sein und würde den Planungsprozess um viele Jahre verzögern. Stattdessen halten wir Einzelwettbewerbsverfahren für die drei Bauquartiere für ausreichend.

➤ Franziska Riekewald und
Siegfried Schlegel



Modell Gestaltung Wilhelm-Leuschner-Platz 2010



Medizinische Versorgung ist ein Menschenrecht

Die Zahl der Menschen, die aus ihren Heimatländern vor Krieg, Verfolgung und Notlagen fliehen müssen, steigt. Mit 2.700 erwarteten Asylsuchenden wird sich die Zahl auch in Leipzig im Jahr 2015 mehr als verdoppeln. Für DIE LINKE ist es eine Selbstverständlichkeit, diese Menschen willkommen zu heißen und ihnen ein normales Leben zu ermöglichen.

Die Realität sieht leider anders aus: Vielerorts sind geflüchtete Menschen Anfeindungen ausgesetzt. Es sind aber auch Gesetze, die sie zu Menschen zweiter Klasse machen.

Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 ein Sondergesetz für Asylsuchende geschaffen, das auch die Ungleichbehandlung bei Gesundheitsleistungen vorsieht. Asylsuchende sind nicht in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Die gesetzlich garantierte und finanzierte medizinische Behandlung und Versorgung bleibt auf akute Erkrankungen und Schmerzen sowie Schwangerschaft und Geburt beschränkt.

Die Inanspruchnahme dieser Notversorgung wird zusätzlich durch bürokratische Hürden erschwert oder behindert. Anstatt mit einer Chipkarte zum Arzt gehen zu können, müssen Asylsuchende beim Sozialamt einen Behandlungsschein beantragen. Diese Hürde kann im Ernstfall zur Verzögerung von Behandlungen und zur Chronifizierung von Erkrankungen führen.

Im März 2015 trat auf Bundesebene eine Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft. Zwar wurden

damit einige Verbesserungen für Asylsuchende erreicht – beispielsweise die Erhöhung der Sozialleistungen auf Sozialhilfeniveau und die Verkürzung des Arbeitsverbotes – ,die Schlechterstellung bei der Gesundheitsversorgung blieb allerdings unangetastet.

Um die medizinische Versorgung zumindest unbürokratischer zu gestalten,

Im Mai folgte der Stadtrat jenem Antrag, mit dem die Stadt beauftragt wird, die Einführung der Krankenversicherungskarte zu prüfen. Auch Städte wie Rostock, Münster und Chemnitz wollen dem Beispiel folgen. Der Freistaat Sachsen verweigert sich bedauerlicherweise einer entsprechenden landesweiten Regelung.



müssen also kommunale Spielräume genutzt werden. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Asylsuchende beantragt. Seit 2005 wird dieses Chipkartenmodell erfolgreich in Bremen praktiziert. Dort übernimmt die AOK die Betreuung der Asylsuchenden. Die Behandlungskosten werden von der öffentlichen Hand ersetzt. Hamburg zog 2012 nach. Dort konnten zuletzt rund 1,6 Millionen Euro Verwaltungskosten pro Jahr eingespart werden.

Die Einführung einer Krankenversicherungskarten bringt für alle Beteiligten Vorteile: für die Asylsuchenden, für ÄrztInnen und die Verwaltung. Ein gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsleistungen folgt daraus leider nicht. Dazu muss endlich das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene fallen. Denn: Medizinische Versorgung ist ein Menschenrecht.

✍️ Juliane Nagel



Wohnen ist ein Grundbedürfnis – auch im Alter

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig hatte für Sonnabend, den 13. Juni 2015, zu einer Konferenz „Wohnen im Alter“ eingeladen. Gemeinsam mit Stadträten, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Vertretern von Wohnungsunternehmen und Seniorenvertretungen ging es uns darum, eine noch stärkere Sensibilisierung dafür zu erreichen, ausreichende Voraussetzungen zu schaffen, dass die Seniorinnen und Seni-

len etc.). Im Wohnungssektor erfolgte ein massenhafter Abriss. Durch die Verknappung des Wohnungsangebotes gibt es kaum noch Wohnraum für Menschen im niedrigen Preissektor.

Gerade auch in Bezug auf die Vorstellung des Wohnungspolitischen Konzepts der Stadt Leipzig am 29.06.2015 reihte sich die Konferenz sehr gut mit ein. Wohnen ist ein Grundbedürfnis für jeden Menschen. Einen eigenen Haushalt bis

In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass sich Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen und Kommunen konkrete Gedanken gemacht und vielfältige Möglichkeiten geschaffen haben. Jedoch reichen diese noch nicht aus. Deshalb fordern wir als LINKE eine Wohnungspolitik, die sich den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft stellt: Zusätzliche Angebote an barrierefreien/-armen Wohnungen und vor allem barrierearme Wohnungsanpassung.

Für ältere Menschen stellt auch das Wohnumfeld einen wichtigen Faktor für Lebensqualität dar. Infrastruktureinrichtungen wie Einkaufsmöglichkeiten, Begegnungsorte, Arztpraxen und öffentlicher Nahverkehr müssen gut erreichbar sein. Wachsende Bedeutung für die Qualität des Wohnumfeldes Älterer haben darüber hinaus auch der Zustand der Gehwege, das Sicherheitsempfinden und die Lärmbelästigung. Deshalb ist es wichtig, zusätzliche Angebote an integrierten Wohnangeboten zu schaffen. Sonderwohn-

formen wie Pflegeheime, Betreutes Wohnen oder Pflegewohngemeinschaften werden nur im geringen Umfang das Bedürfnis nach selbstbestimmtem Wohnen unter barrierefreien/-armen Bedingungen abdecken. Rund sieben Prozent der 65-Jährigen und Älteren leben heute in solchen besonderen Wohnformen.

Wichtig ist aber auch, im Interesse der älteren Bürgerinnen und Bürger die Mietpreisentwicklungen (Kalt- und vor allem Warmmiete) unter regelmäßiger Kontrolle zu halten. Wir brauchen



oren auch im Alter noch in ihrem Wohnumfeld bleiben können. Dies ist in Anbetracht des demografischen Wandels und der klammen Kommunen eine große Herausforderung. Unser Fraktionsvorsitzender Sören Pellmann eröffnete die Veranstaltung und begrüßte alle sehr herzlich in der Stadt Leipzig, die gerade ihren 1000. Geburtstag feiert.

Die angesprochenen Probleme waren vielfältig: So hält die soziale Infrastruktur vielfach der wachsenden Einwohnerzahl nicht mehr stand (Kitas, Schu-

ins hohe Alter zu führen, sehen sie als Ausdruck von Selbstständigkeit, Kompetenz und selbstbestimmtem Leben. Daher spielt das Thema „Altenfreundliches Leben“ auch eine große Rolle. Die Stadt hatte einen ersten Schritt dazu mit dem Positionspapier „Altenfreundliches Wohnen in Leipzig“ aus dem Jahr 2011 getan. Mit dem in diesem Jahr begonnenen Prozess zur Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts muss das Thema nun wieder in den Fokus rücken.

in Zukunft auch zusätzliche Angebote an kostengünstigen Wohnungen. Deshalb gehört die Mietpreisbremse für die Ratsfraktion der LINKEN unbedingt ins Wohnungspolitische Konzept.

Es ist jetzt bereits ein massiver Anstieg von Altersarmut zu verzeichnen, der in Sachsen bereits bei 15 % liegt!

Die Verdrängung aus dem gewohnten Umfeld darf nicht zugelassen werden.

Susanne Schaper, MdL der LINKEN im Sächsischen Landtag, sagte auf der Konferenz: „Es bedarf einer Änderung in der Förderpolitik, eine Notwendigkeit von Zuschüssen an die Wohnungswirtschaft beim Bau bzw. Umbau. Der Verbleib im vertrauten Wohnumfeld ist vielfach kostengünstiger als eine Versorgung in einer stationären Einrichtung, vor allem wenn es gelingt, die Res-

ourcen im sozialen Nahraum für die wachsende Zahl von älteren Menschen im Sinne von Quartierskonzepten zu entwickeln. Als LINKE und größte Oppositionsfraktion stehen für uns diese Herausforderungen auch zukünftig auf der politischen Agenda.“ Das gilt natürlich auch für die Leipziger Stadtratsfraktion.

➤ Birgitt Mai

Für „Amalie“ ist eine Lösung nicht in Sicht

Die Senior*innen der Paunsdorfer Wohnanlage haben sich vor ihrem Haus versammelt und entrollen medienwirksam ein Transparent „WIR BLEIBEN HIER“. Diese Losung geben sie auch mit nicht so starken Stimmen kund. – So beginnt ein Beitrag im MDR, der am 18. Juni ausgestrahlt wurde. Wieder einmal war das altersgerechte Wohnen in der „Amalie“, für das es aus baurechtlichen Gründen keine Zulassung gibt, ein Thema. Die LVZ und weitere Medien berichten ebenfalls regelmäßig darüber, denn ca. 130 betagte Menschen sind betroffen und eine Lösung des Problems nicht in Sicht.

Den Senior*innen droht ein unfreiwilliger Umzug. Die Frage, die sich die Stadträt*innen, insbesondere unsere Fraktion, stellen, lautet: Gibt es eine Möglichkeit, und was muss dafür getan werden, damit die Bewohner*innen bleiben können? Legal!

Seit Monaten geht es in dieser Angelegenheit nicht voran. Dem Betreiber wurde die Nutzung untersagt. Den Bewohner*innen hat die Stadtverwaltung eine sogenannte Duldungsverfügung zugeschickt. Das bedeutet, dass sie nur noch bis April 2016 dort wohnen

dürfen. Aber damit sind sie natürlich nicht einverstanden.

Ende 2014 hat es auch noch einen Betreiberwechsel gegeben. Nicht mehr die Amalie Wohnungsgesellschaft mbH, sondern ein Immobilienmanager aus Dortmund ist jetzt verantwortlich für die Geschicke der Wohnanlage.

Kaum einer möchte, dass die Senior*innen wirklich ausziehen müssen. In rechtlicher Hinsicht ist das Verfahren auch noch gar nicht abgeschlossen. Momentan liegt die Akte bei der Landesdirektion, die den Widerspruch des Eigentümers gegen die Nutzungsuntersagung prüft. Und bei der Stadtverwaltung ist ein Antrag auf Nutzungsänderung eingegangen. Bis zu rechtskräftigen Entscheidungen kann es noch mehrere Monate dauern. Wenigstens diese Zeit sollten alle Beteiligten nutzen, um eine gute Lösung zu finden. Eine feste Zusage der Stadtverwaltung, dass die bisherigen Bewohner*innen bleiben können, wäre äußerst wünschenswert.

Warum kann eigentlich nicht einfach der Bebauungsplan, der ein dauerhaftes Wohnen ausschließt, geändert werden?



In einem Bebauungsplan legt die Kommune fest, welche Nutzung in einem bestimmten Stadtgebiet erlaubt ist. Er ist somit ein Mittel städtebaulicher Entwicklung und wird in einem mitunter langwierigen Verfahren demokratisch beschlossen. Dabei folgen aus unterschiedlichen Nutzungen (z. B. Gewerbe) verschiedene rechtliche Schutzansprüche. Es könnte dazu kommen, dass Interessen der Bewohner*innen mit Interessen von Gewebetreibenden kollidieren. Dieser Konflikt kann dazu führen, dass die Stadt Schadenersatz zahlen muss. Auch das kann von uns nicht gewollt werden.

➤ Beate Ehms



Ein Juwel muss gerettet werden

Am 27. Mai 2015 besuchte die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat eines der kulturhistorisch und architektonisch bedeutendsten Leipziger Bauwerke – das Stadtbad, um sich über die aktuelle Situation informieren zu lassen.

Zunächst ein Gebäuderundgang.

Eröffnet am 14. Juli 1916 als eines der größten und modernsten deutschen Stadtbäder, feiert es 2016 sein 100-jähriges Bestehen. Es bot eine Vielzahl von attraktiven Angeboten wie die Wellenanlage in der Männerschwimmhalle und die prächtige Sauna im maurischen Stil. Generationsübergreifend ist es bis heute ein identifikationsstiftendes Baudenkmal.

Im Jahre 2004 wurde das Stadtbad aus baulichen Gründen geschlossen.

Auf Initiative von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH wurde 2006 die Förderstiftung Stadtbad gegründet. Ihr

Ziel ist der Erhalt des historischen Stadtbads als öffentlich zugänglicher Ort und Angebot für Gesundheit, Freizeit, Wellness. Dank des hohen ehrenamtlichen Engagements der Stiftung, das von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen gestützt wird, erwachte das Gebäude des Stadtbads wieder. Eine wesentliche Etappe war die energetische Dachsanierung – gefördert durch das Konjunkturpaket II. Investiert wurden ca. 2,25 Mio. Euro. Weitere ca. 1,2 Mio. Euro hat die Förderstiftung durch Sach- und Geldspenden bzw. Sponsoring von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in die Sanierung des Stadtbads einbringen können. Das Stadtbad ist zu einem überregional gefragten Veranstaltungsort geworden.

Der Stadtrat unterstützt die Arbeit der Stiftung von Beginn an. Das wurde nicht zuletzt durch die positive Reaktion des Stadtrats auf die Massenpetition

von 2416 Unterzeichnern, die 2014 die Wiedereröffnung des Stadtbads forderten, deutlich. Die Fraktion DIE LINKE hat das Wirken der Stiftung von Beginn an auch mit Spenden intensiv gefördert.

Nach dem Rundgang gab es einen Meinungsaustausch zu den Perspektiven.

Die Ergebnisse des von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebenen Nutzungskonzepts der Kannewischer Management AG entsprechen der Zwecksetzung der Stiftung und werden deshalb positiv gesehen. Angesichts der erheblichen städtischen Investitionsbedarfe wird ein langer Atem benötigt, um das Stadtbad mit Leben und Wasser zu füllen. Neue Entwicklungen wie ein steigender Bedarf an Schulschwimmkapazitäten müssen in die künftige Betrachtung einbezogen werden.

Ein privater Investor wird durch die Stiftung nicht abgelehnt, wenn dadurch dem Stiftungszweck entsprochen werden kann und die Arbeit der Stiftung nicht behindert wird. Letzteres war leider festzustellen. Bisherige weltweite Verkaufsausschreibungen blieben ohne Erfolg. Auch ein privater Investor benötigt finanzielle Förderung, weil mindestens 10 Mio. Euro, d.h. ein Drittel der geschätzten Investitionen, durch die Betreibung nicht refinanziert werden können.

Es wird nur in Etappen und gemeinsam mit Stadtrat, Stadtverwaltung, allen Stadtbadfreunden und Stiftung gehen. Meine Vision: 2021 – ein Bürgerfest zur Wiedereröffnung eines modernen Stadtbads.

➤ Dr. Lothar Tippach,
Mitglied des Stiftungsrats
der Förderstiftung Stadtbad
www.herz-leipzig.de



Fraktionssitzung mit Rundgang im Stadtbad

100 Mio. Euro mehr für Investitionen in die Infrastruktur



Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben einen gemeinsamen Antrag erarbeitet, der eine Anpassung der gültigen Entschuldungskonzeption für den Zeitraum 2017–2020 vorsieht, um den gewachsenen Investitionsbedarfen besser gerecht zu werden.

Zum Hintergrund: Für unsere Stadt sahen und sehen die Haushaltspläne von 2013 bis 2016 eine Senkung der Investitionstätigkeit von ca. 193 Mio. Euro auf nur noch 138 Mio. Euro vor. Darüber hinaus sind in der mittelfristigen Planung weitere Einschnitte zu befürchten. Dies ist allein schon angesichts eines vorhandenen Investitionsstaus von ca. 1,2 Mrd. Euro äußerst problematisch. So wird die von der Verwaltung recht schwache selbst erklärte Mindestinvestitionsquote von 10% im Jahr 2016 sogar unterschritten. Zum Vergleich: In Dresden liegt diese bei ca. 16%. Der Investitionsetat in der Landeshauptstadt wird damit für 2016 fast 100 Mio. Euro höher geplant als in Leipzig.

Für den Zeitraum 2017–2020 wollen wir daher die geplante Entschuldung von 92,8 Mio. Euro um 60 Mio. Euro senken. Zuzüglich Fördermittel stünden dann etwa 100 Mio. Euro für die Erweiterung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung. Angesichts des immensen Bedarfs allein an Schul- und Kita-Neubauten, aber auch für die Komplettsanierung von Straßen und Brücken sowie der Investitionen des öffentlichen Nahverkehrs, sind diese zusätzlichen Mittel dringend nötig.

Die jeweiligen Einzelhaushalte werden aber weiterhin ohne Nettoneuverschuldung geplant.

Dabei geht es uns um die richtige Balance zwischen Ver- und Entschuldung auf der einen und Investitionen auf der anderen Seite. Leipzig ist die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands, und dies wird durch die zunehmende Wirtschaftskraft auch in den kommenden Jahren so bleiben. Die damit verbundenen Investitionsbedarfe müssen daher finanziell ab-

gesichert und die Entschuldungskonzeption an diese Realität angepasst werden.

Im Übrigen: Auch jedes Unternehmen, das wächst und wachsen will, muss investieren. Dies funktioniert in der Regel auch dort nur unter Einbeziehung eines Darlehenanteils.

Schon heute muss Leipzig z.B. den Bedarf an Kita-Investitionen zu größten Teilen über private Finanzierungsmodelle abdecken, weil die entsprechenden Mittel fehlen.

Wenn man von Investoren bauen lässt und dann für die nächsten 25 Jahre anmietet, engt dies die künftigen Haushalte noch mehr ein und kostet der Stadt am Ende doppelt so viel.

Daher muss und kann die Entschuldung zeitlich gestreckt werden, damit die Stadt wieder handlungsfähiger wird und nicht den gleichen Fehler bezüglich Kita-Investitionen bei den anstehenden Schulinvestitionen wiederholt. Dies ist eine Forderung, die wir seit 2013 auch jährlich in unseren Haushaltsänderungsanträgen berücksichtigt haben. Angesichts der immensen Investitionsbedarfe, im Einklang von „Neuem Kommunalem Finanzmanagement“ und Bilanzierung, einer robusten Eigenkapitalquote | Leipzigs mit 40,8% ist dies nicht nur notwendig, sondern auch machbar.

Nur mit einem Mehr an Investitionen in die kommunale Infrastruktur bleibt Leipzig weiterhin attraktiv und wird von zunehmenden Steuereinnahmen profitieren. Darüber hinaus wird ein weiteres Auseinanderdriften unserer Stadtteile gebremst und gleichzeitig ein Beitrag für den sozialen Frieden in unserer Stadt geleistet.

Steffen Wehmann



Cröbern ein Grund zum Feiern?

25 Jahre Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW), 20 Jahre Zentraldeponie

Die Geschäftsführer, die Herrn Albrecht vom ZAW und Beyer von der Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (WEV), stellen frohlockend in ihrer Werbebroschüre fest: „20 Jahre Betrieb der Zentraldeponie Cröbern – alles funktioniert einwandfrei!“ Darauf können sie wirklich stolz sein, zumal sie für die Geschichte beider Organe nichts können, aber die Fehler der Vergangenheit besonnen und klug mindern.



Warum kann DIE LINKE jedoch nur bedingt feiern? Um 1990 wurde wie in vielen anderen Ent- und Versorgungsreichen ein Notstand deklariert, der gar nicht vorhanden war. Man sprach von einer angeblich fehlenden Entsorgungssicherheit für Müll. Ingenieurbüros bekamen Planungsaufträge und analysierten. Das Fazit damals, es fehle in den Landkreisen um Leipzig herum an Deponiekapazität. Damit auch möglichst groß gebaut werden konnte, wurde für Leip-

zig gleich mit geplant, obwohl die Stadt damals gar nicht dabei war. Leipzig hatte keinen Notstand. Die Stadt hatte damals die Deponie Seehausen, die über Jahre hinweg die Müllentsorgung in Stadtnähe garantiert hätte.

Allen Warnern zum Trotz wurde die Deponie durch Private auf ehemaligem Tagebaugelände gebaut.

Als sich das Fiasko abzeichnete, übergaben die Privaten die Deponie an die öffentliche Hand – mitsamt angehäuften Schulden.

Vorsorglich wurde Leipzig in den Zweckverband gezwungen. Unter der Maßgabe des Baus der Neuen Messe, der winkenden Fördergelder und des schlechten Bildes einer Deponie unmittelbar an der Messe trat Leipzig bei.

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Faktisch kann man diese Gemeinsamkeit des Landkreises und der Stadt nur als einen Solidarbeitrag der Leipziger betrachten. Man mag einwenden, dass Seehausen doch sehr schnell verfüllt war. Aber nur, weil damals mit aller Gewalt die Kosten eingedämmt werden sollten. Denn eine Deponie betreibt sich ökonomischer als zwei.

Seither trieb das Gespenst der Pleite die Deponie und deren neu gegründete Gesellschaft WEV.

Ein neuer privater Partner, der mit ins Boot genommen wurde, sollte es richten. Der Preis dafür waren Rechtsstrei-

tigkeiten und eine nicht ausgelastete mechanisch-biologische Anlage, welche durch die neuen Abfallgesetze 2005 gebaut werden musste. Der neue Partner konnte und wollte seine Verpflichtungen nicht erfüllen, denn er versprach, die Auslastung zu garantieren.

Damit wird aber auch klar, dass diese Anlage überdimensioniert ist.

Es ist dem Personal der Deponie und des Zweckverbandes, besonders ihrer hohen ingenieurtechnischen und betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten zu danken, dass die Deponiekosten nicht in die Höhe schnellten. Angriffe von Dritten, auf der Deponie wäre nicht ordnungsgemäß entsorgt worden, stellten sich immer wieder als falsch und als üble Nachrede heraus. Das Deponiegeschäft ist ein hartes Geschäft. Der private Partner, so ist zu vernehmen, ist aus der Gesellschaft herausgekauft – eine Rekommunalisierung, die dringend notwendig war. Die Entsorgung darf schon aus Verantwortung vor den künftigen Generationen nicht den Kapitalinteressen geopfert werden.

Der kilometerlange Revisionstunnel, die Sortier- und Kompostieranlagen und die neuen Solaranlagen sind einen Besuch wert. Der nächste Tag der Offenen Tür findet am 5. September 2015 von 10 Uhr bis 17 Uhr statt.

✍ Reiner Engelmann